



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

p.: Berliner Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

rige Erdenstellung, die voll von Versuchungen und Gefahren war, mit ruhiger Würde und männlicher Weisheit behauptet. — Wir Deutsche aber denken fein mit Selbstgefühl und warmer Empfindung.

Berliner Briefe.

15. December.

Der Ausfall der Wahlen ist noch fortwährend das Thema, mit welchem sich hier die politische Reflexion beschäftigt. Zunächst mußte man sich die Veränderungen, welche in der Stärke der einzelnen Parteien eingetreten waren, vergegenwärtigen. Soweit sich diese Zahlenverhältnisse schon vor acht Tagen übersehen ließen, haben wir dieselben angegeben. Eine schließliche Zusammenstellung der Wahlergebnisse zeigt uns folgendes Resultat: Die altliberale oder constitutionelle Partei wird zwischen 150 und 160 Stimmen zählen; der Fortschrittspartei gehören etwa 100, den Ultramontanen zwischen 50 und 60, den Polen 23 und den Feudalen 15 Stimmen. Etwas Schwankendes wird bis zum Zusammentritt der Kammer diesen Angaben immer anhaften, weil namentlich die Grenze zwischen den Altliberalen und der Fortschrittspartei sich nicht mit vollkommener Sicherheit ziehen läßt. Indeß der allgemeine Charakter der Kammer ist bereits unverkennbar. Die Altliberalen bilden die zahlreichste Partei, aber für sich allein können sie nicht über die Majorität gebieten. Sie sind also darauf angewiesen, sich mit einer anderen Fraction zu verständigen. Naturgemäß kann dies nur die Fortschrittspartei sein. Denn mit den Polen oder Ultramontanen ist kein Bündniß zu schließen; die Feudalen aber können schon ihrer geringen Zahl wegen nicht in Betracht kommen, auch wenn an eine Verständigung mit ihnen zu denken wäre. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß der Schwerpunkt der Kammer bedeutend nach links verschoben ist. Auch die altliberale Partei selbst, obgleich sie zum großen Theil wieder aus Mitgliedern der Fraction Vincke besteht, hat doch eine Veränderung erfahren, welche ihr einen unabhängigeren Charakter gegeben hat. Die Fraction Vincke, welche die Hauptstütze des liberalen Ministeriums bildete, war natürlich liberal und ministeriell zu gleicher Zeit. Aber bei den einzelnen Mitgliedern der Fraction waren diese Eigenschaften verschieden accentuirt. Ein Theil war aus Liberalismus ministeriell; ein anderer Theil war aus Ministerialismus liberal. Die Ersteren unterstützen das Ministerium aus freier und unabhängiger Ueberzeugung; aber eben deshalb gibt es für sie eine Grenze, über welche hinaus sie dem Ministerium nicht folgen würden. Auf die Letzteren kann das Ministerium ziemlich unbedingt rechnen; aber ihre Unterstützung ist nur von geringem Werth, weil sie bei einem etwaigen Wechsel des Ministeriums

die dann erforderliche Schwendung ohne Bedenken mitmachen würden. Aus so verschiedenartigen Elementen bestand die Fraction Vincke, und daraus erklärt sich ihr geringer Zusammenhalt. Bei den wichtigsten und entscheidendsten Abstimmungen fiel sie auseinander, und nachdem sich die Fraction Behrend von ihr abgelöst hatte, dauerte der Zerlegungsproceß noch immer fort, so daß sie, wenn der Schluß der Session sich noch weiter verzögert hätte, vielleicht sich gänzlich aufgelöst haben würde. Bei den jetzigen Wahlen sind diejenigen Mitglieder der früheren Vincke'schen Fraction, bei denen der Hauptaccent auf dem Ministerialismus lag, fast durchweg beseitigt. Die Wiedergewählten gehören zum größten Theil jener unabhängigeren Seite der Fraction an. Diese ist also, wenn auch an Zahl etwas geschwächt, so doch innerlich gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Sie hat es nur zu beklagen, daß in Folge ihrer mangelhaften Parteitaktik einige ihrer namhaftesten Führer im nächsten Hause fehlen. Dem abzuhelfen werden die Nachwahlen jetzt noch Gelegenheit bieten.

Die nächste Frage ist nun, wie sich diese Kammer zu den ihr bevorstehenden Aufgaben verhalten und wie sich das Verhältniß zwischen ihr und der Regierung gestalten wird. Im Allgemeinen ist nicht daran zu denken, daß die Kammer auf eine factiöse Opposition ausgehen sollte; — auch die Fortschrittspartei wird das nicht thun. Wir haben keine Ursache, ihr Programm oder ihre Wahlreden für Tendenzlügen zu halten. Die Fortschrittspartei verfolgt die Ziele der constitutionellen Partei, aber mit größerer Entschiedenheit, deren Mangel in manchen bedeutenden Augenblicken sie gerade der bisherigen Majorität vorwirft. So hat sie selbst sich bei den Wahlen dargestellt. Man kommt daher mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß sich mit dieser Kammer recht gut wird regieren lassen; selbst die Regierungspresse hat sich am Ende in diesem Sinne ausgesprochen. Im Allgemeinen wird das Ministerium in der nächsten Kammer einer festen Majorität sicher sein.

Nur die Militärfrage droht einen Zwiespalt und vielleicht eine Krisis hervorzurufen. Das Ministerium betrachtet eine definitive Durchführung der neuen Organisation und die Bewilligung der Mittel für dieselbe als eine Kabinettsfrage. Alle Gerüchte von beabsichtigten Zugeständnissen, welche die Kosten der Maßregel wesentlich vermindern würden, sind als falsch bezeichnet; in diesen Tagen hat das ministerielle Blatt sogar alle derartige Vermuthungen im Voraus dementirt. Die Kammer dagegen wird auf diese Forderung nicht eingehen; — das steht ganz außer Zweifel. Außer den Feudalen würde die Regierung in dieser Frage nur noch wenige unbedingt ministerielle Stimmen auf ihrer Seite haben. Bei dieser Sachlage müssen wir also auf eine Niederlage der Regierung gefaßt sein, und dann stehen wir vor der Alternative eines Ministerwechsels oder einer Kammerauflösung.

Die drohenden europäischen Verhältnisse werden die Majorität nicht biegsamer machen. Man hat sich allmählig davon überzeugt, daß die allgemeine Unsicherheit der internationalen Beziehungen gegenwärtig eine chronische Krankheit ist, die nur von Zeit zu Zeit einen etwas acuteren Charakter annimmt. Seit durch Louis Napoleon die alten Allianzen gesprengt und neue noch nicht gebildet sind, ist die Welt an den verschiedensten Stellen mit einer Masse von Zündstoff erfüllt, der in jedem Augenblick zu explodiren droht. Die englisch-amerikanische Differenz, welche gegen-

wärtig am meisten von sich reden macht, würde uns unmittelbar nur wenig berühren. Allein wenn es zum Kriege kommen sollte, so würden die Folgen sich bald auch in den europäischen Verhältnissen bemerkbar machen. England wäre dann engagirt und man brauchte auf dasselbe nicht allzu sorgfältig Rücksicht zu nehmen. Wir würden dann wahrscheinlich nicht mehr bloß von Grenzverletzungen im Dapenthal hören, sondern das letzte Ziel, welchem diese strategische Position gilt, würde bald und deutlich hervortreten. Seit der vorjährigen Annexion von Savoyen liegt der Canton Genf da wie ein dünner in das französische Gebiet hineingeschobener Keil — gleichsam wie ein schmackhafter Bissen in dem offenen Rachen eines kolossalen Ungeheuers. Langsam, aber unerbittlich naht der Moment des Verschlingens; er würde sehr beschleunigt werden, wenn England seine Aufmerksamkeit auf Amerika concentriren müßte. Dazu kommt der unfertige Zustand Italiens, dessen wunde Stellen in Rom und Neapel der lästige Protector gesichtlich offen erhält, während nach der anderen Seite Venedig und das Festungsviereck sowohl für Oestreich wie für Italien eine unaufhörliche Provocation zum Kriege sind. Wir brauchen nur noch an Ungarn, an Polen, an den Orient zu erinnern; — überall finden wir Situationen, die auf's Aeußerste gespannt einen Zusammenstoß der gewaltigsten Kräfte besorgen lassen.

Man sagt uns nun von der einen Seite: grade wegen dieser Lage der Dinge müssen wir in Kriegsbereitschaft dastehen und unsere Kräfte auf's Aeußerste anspannen, um die Machtstellung Preußens nach allen Seiten hin wahren zu können. Die Majorität des Landes antwortet darauf: grade weil die Gewitterschwüle permanent geworden ist, dürfen wir unsere Kräfte nicht schon im Frieden aufzehren; je stärker die Mannschaft ist, die wir regelmäßig unter den Fahnen halten, desto mehr schwächen wir uns finanziell. Preußen, die kleinste der fünf Großmächte, inmitten von dreien derselben, welche es an Größe, Volkszahl und Concentrirung des Gebiets bei Weitem überagen, und mit diesen dreien unmittelbar zusammengehend, muß im Stande sein, im Kriege eine eben so große Macht aufzustellen, als einer seiner Nachbarn mit mehr als der doppelten Bevölkerung. Dies ist die Aufgabe und damit sie gelöst werden könne, ergibt sich die weitere Aufgabe, eine Armeearganisation ausfindig zu machen, durch welche Preußen nicht genöthigt wird, auch schon im Frieden mit seinen stärkeren Nachbarn zu concurriren. Wenn Friedrich der Große der Ansicht war, daß derjenige siegen werde, der den letzten Thaler in der Tasche behalte, so, meint man, würden wir bei einem dauernden Militärbudget von mehr als 40 Millionen schwerlich den Sieg an unsere Fahnen fesseln können.

Also ist nach allen Anzeichen in der Militärfrage ein Conflict zwischen der Regierung und der Volksvertretung indicirt. Wir sehen nur eine Möglichkeit der Verständigung. Man muß die Militärfrage mit der deutschen Frage in enge Verbindung setzen; im Grunde sind beide Fragen nur verschiedene Formen einer und derselben Frage. Können 18 Millionen Preußen auf die Dauer für sich allein die Last tragen, welche eigentlich von 35 Millionen Deutschen getragen werden sollte? Wir kommen hiermit zu der Forderung einer Reform der Bundeskriegsverfassung in dem Sinne, daß die gesammte deutsche Armee unter preussische Führung gestellt werde. So lange dieses Ziel nicht erreicht ist, bilden die Truppen der kleineren

deutschen Staaten keine Erhöhung der deutschen Wehrkraft. Im J. 1859 hat sich dies in erschreckender Weise gezeigt. Die sogenannte Kriegsverfassung des deutschen Bundes erwies sich als ein leeres Wort ohne allen Inhalt. Schon an der Frage des Oberfeldherrn scheiterte die Bildung eines deutschen Heeres. Oestreich gab lieber eine Provinz verloren und die kriegslustigsten deutschen Fürsten opferten lieber die legitimistischen Principien in Italien, nur um sich nicht unter preussische Hegemonie zu stellen. Die Versuche, die seitdem gemacht sind, die Bundeskriegsverfassung auf bundesmäßigem Wege zu verbessern, sind gänzlich gescheitert. Selbst die Abschlagszahlung, mit welcher Preußen sich befriedigt erklärte, indem es sich auf den Boden des sogenannten Dualismus zurückzog, wurde ihm verweigert. Seitdem scheint man sich hier resignirt in das Unvermeidliche zu fügen. Der Grundfehler in der bisherigen deutschen Politik Preußens liegt darin, daß man alle öffentlichen Rechte betrachtet und behandelt wie Privatrechte. Allein es ist nicht einzusehen, weshalb die Fahne, die jetzt Baden vor allen Staaten emporhält, nicht lieber von Preußen könnte vorangetragen werden. Wenn in diesem Sinne der Kammer Eröffnungen gemacht werden, wenn in ihr die Ueberzeugung geweckt wird, daß die leitende Kraft in unserer auswärtigen Politik mehr Aehnlichkeit mit Eisen als mit Gummi hat, dann würde die Zustimmung zum erhöhten Militärbudget ohne Schwierigkeit erlangt werden, das heißt in dem Sinne einer vorübergehenden außerordentlichen Kraftanstrengung. Diese würde natürlich nicht dazu dienen sollen, um die Bundesreform mit Waffengewalt zu erzwingen. Ein solcher Gedanke liegt auf allen Seiten außerhalb der Berechnung. Aber man würde sich vergegenwärtigen, daß eine Bundesreform, welche die militärische und diplomatische Leitung Deutschlands in Einer Hand concentrirt und also die politische Energie Deutschlands in hohem Grade steigern würde, nothwendig die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich ziehen müßte. Aus diesem Grunde würden wir eine solche Bundesreform nur unter dem Schutz einer imposanten Waffenmacht unangefochten vollziehen können.

Sobald die Regierung eine solche Position einnähme, würde die Majorität der Kammer ohne Frage das erhöhte Militärbudget bewilligen. Wer würde in solchem Falle in der Opposition bleiben? Zunächst natürlich die Polen; denn sie stimmen gegen jede Machterhöhung Preußens. Außerdem die Ultramontanen; denn eine solche Politik würde gegen das wirkliche oder vermeintliche Interesse Oestreichs streiten, und den Ultramontanen steht das Interesse Oestreichs immer höher als das Preußens. In ein mißliches Dilemma würde dabei das Häuflein der Feudalen gerathen; denn sie sind für die preussische Armeeerform, aber gegen die deutsche Reformpolitik. Die letztere haßt die vorzugweise „königgetreue“ Partei so sehr, daß sie darüber allen Verstand und allen Patriotismus vergift. Ein schlagendes Beispiel dafür hat in diesen Tagen eine der Leuchten der Partei, Herr von Krosigk in Meiningen, geliefert. Mit Erstaunen hat die Welt das Exercitium gelesen, für welches der preussische Landrath zum meiningischen Minister befördert ist. Seit der berühmten Antwort an die Pöppnerer ist kaum eine sublimere Staatsweisheit an's Licht getreten. Aber wir wollten nicht so sehr von der Weisheit, als von der Gesinnung sprechen, die sich in diesem Actenstück documentirt. Der alte Horaz meinte:

Coelum, non animum mutant, qui trans mare currunt.

Aber Herr v. Krosigk denkt anders als der venusinische Dichter. Er braucht gar

nicht trans mare, sondern nur von Mansfeld nach Meiningen zu gehen, und der „Königsgetreue“ protestirt sofort gegen eine Regierungshandlung seines Landesherrn, durch welche wenigstens ein Anfang in der Reform der deutschen Militärverfassung gemacht war.

Aber lassen wir Herrn von Krosigk und nehmen wir an, daß auch die 15 Feudalen gegen die Militärvorlage stimmen würden, wenn sie mit einer deutschen Reformpolitik Hand in Hand ginge. Polen, Ultramontane und Feudale würden zusammen eine Opposition von etwa 90 Stimmen ausmachen; die Majorität von etwa 260 Stimmen würde für eine solche Politik sein. Aber es ist kaum zu hoffen, daß die Regierung sich zu einer so energischen Initiative entschließt? Dann aber stehen wir wieder vor der Wahrscheinlichkeit einer Krise, weil eine Einigung über die Militärfrage ohne Zugeständnisse in der deutschen Politik nicht zu erwarten ist. Wir würden dann eine der Proben zu bestehen haben, welche nie ausbleiben, ehe das constitutionelle System feste Wurzel faßt. Tritt das jetzige Ministerium zurück, weil es die Heeresorganisation nicht durchzuführen vermag, so erwartet man ein System der „gemäßigten Reaction“. Daß diesem eine größere Opferwilligkeit entgegenkommen werde, müssen wir bezweifeln. Auf alle Fälle wollen wir lieber eine solche Probe machen, als daß die Volksvertretung selbst durch ein unwahres Einverständnis mit der Regierung zu einer Lüge werde. e.

Literatur.

Weihnachtsbücher.

Deutsches Lesebuch für höhere Unterrichtsanstalten von Dr. Hermann Masius. 1. Thl. Für untere Classen. 3. verbesserte und vermehrte Aufl. Halle, Buchh. d. Waisenhauses. — Das Werk, gut renommirt und bereits in weiten Kreisen verbreitet, darf angelegentlich empfohlen werden. Prosa und Verse sind getrennt, die Auswahl geschickt, die besten Namen unserer Literatur sind vertreten, Märchen und Sagen, wie sich für die erste Jugend ziemt, bevorzugt. Auch für gute Abwechslung ist gesorgt, ein verständiger, männlicher Sinn überall in Auswahl und Anordnung erkennbar. Das starke Buch empfiehlt sich auch durch die reichliche Masse seines Inhalts.

Bunte Blätter. Zur Unterhaltung und Belehrung heranwachsender Mädchen. Von Aurelie. Mit 7 colorirten Bildern. Wien, R. Lechner. — Anmuthiges Werk einer geistvollen Frau, welche guten Blick für die Bedürfnisse der Kinderwelt hat, zum Theil erfunden, zum Theil aus andern Werken, meist französischen und englischen, zusammengestellt. Die erste Geschichte, der Johannistag, behandelt einen